

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort stärken, EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Coronapandemie hat den enormen Mehrwert der Biotechnologie- und Pharmabranche für unsere Gesellschaft deutlich herausgestellt. Mit Hilfe der mRNA-Technologie konnte das Mainzer Biotechnologieunternehmen BioNTech zügig einen wirksamen und marktgängigen Impfstoff zum Schutz vor dem COVID-19-Virus entwickeln. Dieser Erfolg zeigt das enorme Potential der Biotechnologie zur Lösung globaler Probleme im Zusammenhang mit Gesundheit, Alter, Ernährung, Umwelt sowie nachhaltiger Entwicklung.

Zugleich hat der wirtschaftliche Erfolg von BioNTech das enorme Potential der Biotechnologie zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts verdeutlicht. Im Jahr 2021 betrug allein der Anteil der Lizenzeinnahmen von BioNTech an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung 0,5 Prozent. BioNTech trug in diesem Jahr zu fast einem Fünftel am jährlichen Wirtschaftswachstum bei (<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/bip-2021-wirtschaft-schwaecher-als-erwartet-biontech-erhoeht-jahreszuwachs/>).

Um solche Erfolge zu wiederholen und die Potentiale der Biotechnologie voll auszuschöpfen, bedarf es Rahmenbedingungen, unter denen sich die biotechnologische Wertschöpfung am Standort Deutschland von der Forschung bis hin zur Kommerzialisierung voll entfalten kann.

Zur Förderung wichtiger Innovationen in der Biotechnologie- und der Pharmabranche und zur Vorbereitung auf Herausforderungen durch neue Krankheiten implementieren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerade ein Important Project of Common European Interest (IPCEI) Health. Damit sollen innovative Produktionskapazitäten insbesondere für Arzneimittel geschaffen werden, um die Gesundheitsvorsorge der europäischen Bevölkerung zu sichern und schnell auf Gesundheitskrisen und Pandemien vorbereitet zu sein.

Gegenwärtig ist die Teilnahme Deutschlands an diesem wichtigen europäischen Projekt nicht gesichert, obwohl Deutschland bis 2021 einer der zentralen Initiatoren einer gemeinsamen europäischen Anstrengung war. Industrie- und Gewerkschaftsvertreter haben sich deshalb im März 2022 mit einem Aufruf an die Bundesregierung gewandt

und dringenden Handlungsbedarf angemahnt. (<https://www.handelsblatt.com/technik/thespark/industriepolitik-warum-deutschland-beim-grossangelegten-eu-projekt-fuer-gesundheit-nicht-mitmacht/28297276.html>)

Die Bundesregierung hat es am 3. März 2022 versäumt der Erklärung von Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Slowenien und Spanien beizutreten (<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/en/news/press-conference-launch-of-an-ipcei-on-health-announced-during-the-ministerial-conference-towards-an-independent-competitive-and-innovative-european-healthcare-sector/>). Nicht zuletzt durch die öffentliche Unterstützung wurde in Deutschland in den vergangenen Dekaden eine exzellente akademische Biotechnologieforschung aufgebaut. Zudem wurden Gründungen aus der Forschung in der Frühphase gezielt unterstützt, beispielsweise mit dem seit 2005 bestehenden Programm „Go-Bio“. Zusätzlich wurden zwei Lifescience Inkubatoren in Bonn und Dresden etabliert.

Exzellente Forschung und Ausgründungen aus der Forschung sind jedoch erst der Anfang einer Prozesskette, die am Ende zu einem Erfolg wie der von BioNTech führen kann. Nur wenn die oft mehr als eine Dekade lange Überführung der Idee über die Ausgründung in die Anwendung und Kommerzialisierung gelingt, kann die biotechnologische Innovationen Nutzen für die Gesellschaft und vor allem für die Patienten entfalten.

Insbesondere jene Entwicklungsphasen, in denen noch nicht genügend Hinweise auf die klinische Wirksamkeit vorliegen, sind in der Regel nicht nur zeitintensiv, sondern zum Ende hin auch immer kapitalintensiver. In dieser Zeit generieren die meist jungen Unternehmen noch keine Umsätze und haben kaum die Möglichkeit, aus eigenen Kräften die teure, langwierige und risikoreiche Produktentwicklung voranzutreiben und zu wachsen. Diese Finanzierungslücke, die in der Forschungs- und Innovationspolitik gemein auch als „Tal des Todes“ bezeichnet wird, wird idealerweise durch die Akquise von Wagniskapital gefüllt. Nur auf diese Weise können lange und kostenintensive Entwicklungsphasen biotechnologischer Wirkstoffe und Verfahren gemeistert werden.

In Deutschland ist der Zufluss von Wagniskapital jedoch nicht ausreichend. Im Jahr 2021 wurden in Deutschland rund 389 Mio. Euro zur Finanzierung von Biotechnologie-Startups investiert (EY, Startup-Barometer Deutschland, Januar 2022). In den USA wurden hingegen im Jahr 2020 in den USA 99,4 Mrd. US-Dollar für die Finanzierung von Biotechunternehmen bereitgestellt, wobei 14 Mrd. US-Dollar Beteiligungskapital und davon wiederum 50 Prozent in US-amerikanische Neugründungen investiert wurde (Konrad Adenauer Stiftung, Analysen & Argumente, Nr. 466, 12/2021).

Zu häufig führt der Mangel an Wagniskapital dazu, dass junge Gründer ihr Unternehmen aufgeben oder an einen anderen Standort, vor allem in die USA abwandern. Mit den jungen Gründern wandert dann auch das mit deutscher Forschungsförderung aufgebaute Knowhow ab. Das übergeordnete Ziel der Forschungsförderung, langfristig den Wohlstand unserer Gesellschaft und Wirtschaft geprägt von Erfindern und Denkern zu gewährleisten, wird dann nicht erreicht.

Die Verfügbarkeit vor allem auch von außereuropäischem Wagniskapital wird für deutsche Biotech-Startups zudem durch zu lange Prüfungsprozesse in Umsetzung der Außenwirtschaftsverordnung erschwert. Die Beteiligung eines nicht in der EU ansässigen Investors mit mehr als 20 Prozent an einem Biotech-Startup unterliegt einem Investitionsprüfverfahren. Dieses Verfahren bezweckt, die Übernahme strategisch wichtiger Industrieunternehmen zu vereiteln. Die Länge des Investitionsprüfverfahrens von zwei Monaten ist jedoch in einer dynamischen Wachstumsphase von Biotech-Startups oft zu lang und verschreckt ausländische Investoren.

Es besteht also eine systematische Lücke in der Prozesskette des Forschungsförderungssystems. Die kapitalintensiven Skalierungsphasen junge Biotechnologieunternehmen

sind nicht abgedeckt, regulatorische Hürden erschweren die Kapitalakquise. Es ist vor allem eine staatliche Aufgabe, diese Lücke durch strukturelle Maßnahmen zu schließen. Es sind Rahmenbedingungen nötig, um die Wertschöpfung mit biotechnologischen Forschungsergebnissen und Innovationen in Deutschland zu ermöglichen. Insbesondere sind solche Rahmenbedingungen notwendig, die die Kapitalaufnahme von Biotechnologieunternehmen begünstigen und einen schnellen Transfer von Forschungsergebnissen in die medizinische Anwendung ermöglichen.

Die Bundesregierung hat im Dezember 2020 den Zukunftsfond gestartet. Mit dem Zukunftsfond werden Technologiestartups in der kapitalintensiven Skalierungsphase gestärkt. Hierbei sollen vor allem bislang unzureichend einbezogene Marktsegmente stärker berücksichtigt werden. Für die Investitionen und Kosten des Zukunftsfonds stehen Mittel in Höhe von 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Diese wurden bisher noch nicht vollständig bereitgestellt. Weitere Bausteine und Module sind noch zu entwickeln. Einen Baustein, der zuvorderst die Biotechnologie adressiert, gibt es bisher nicht.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. sich der Erklärung vom 3. März 2022 der Signatarstaaten von Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien und Spanien anzuschließen;
  2. im Bundeshaushalt durch Umschichtung mindestens 500 Mio. Euro für die Beteiligung am IPCEI Health bereitzustellen, um eine Beteiligung des Innovationsstandortes Deutschland mit unseren universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Biotechnologie- und Pharmabranche und dem gesamten Gesundheitssektor zu ermöglichen;
  3. in einem Dialog mit der Biotechnologie- und Pharmabranche weitere private Mittel zu mobilisieren, damit Deutschland insgesamt einen Beitrag von 2 Mrd. Euro aus öffentlichen und privaten Mitteln zum IPCEI Health leistet;
  4. im Rahmen des Zukunftsfonds zeitnah einen BioTech Future Fonds aufzulegen, der gezielt die kapitalintensive Skalierungsphase von Biotechnologiestartups auf dem Weg zur kapitalmarktreife begleitet und hierbei das Kapital institutioneller Investoren im Verhältnis ein Drittel staatliches Kapital zu zwei Dritteln privates Kapital mobilisiert;
  5. den BioTech Future Fonds mit den noch nicht genutzten Mitteln des Zukunftsfonds (mindestens 1 Mrd. Euro) auszustatten;
  6. zur Steuerung des BioTech Future Fonds, ein professionelles Management mit biotechnologischer Expertise einzusetzen und hierfür international kompetitive Rahmenbedingungen (außertarifliche Bezahlung, Beteiligungsmöglichkeiten) zu schaffen;
  7. die Grundlagenforschungsprogramme und Ausgründungsinitiativen des BMBF und BMWK sowie der Forschungsorganisationen und Unterstützungsmodule für die Skalierungsphase wie den BioTech Future Fonds strukturell miteinander zu vernetzen;
  8. sicherzustellen, dass Schnittstellen zwischen Grundlagenforschungsprogrammen und Ausgründungsinitiativen des BMBF, BMWK und des BMG sowie der Forschungsorganisationen und Unterstützungsmodulen für die Skalierungsphase wie den BioTech Future Fonds von den Biotechnologieunternehmen reibungslos und ohne Zeitverzug passiert werden können, und hierzu ein interministerielles Prozessmanagement einzusetzen;

9. das Investitionsprüfverfahren nach der Außenwirtschaftsverordnung für die Beteiligung an Biotechnologiestartups in starken Wachstumsphasen zu beschleunigen, so dass Prüfverfahren nach maximal 4 Wochen abgeschlossen werden;
10. einen bundesweiten Biotechnologierat einzurichten, der sich aus Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammensetzt, der die Vielfalt der Biotechnologie widerspiegelt und die Bundesregierung berät, um die Potentiale der Biotechnologie voll auszuschöpfen und zielgerichtet zu fördern.

Berlin, den 22. Juni 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**